


Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 21.12.2017

| | |
|--|---|
| Sitzungsort: | Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt |
| Beginn: | 17:00 Uhr |
| Ende: | 20:22 Uhr |
| Anwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Abwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Stadtratsvorsitzende: | Frau Pelke |
| stellv. Stadtratsvorsitzende: | Frau Stange |
| Schriftführer/in: |  |

Tagesordnung:

| I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen- Nummer |
|--------|--|------------------------|
| 1. | Eröffnung durch den Oberbürgermeister | |
| 3. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 8. | Entscheidungsvorlagen | |
| 8.3. | Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung zur Vergabe eines Erbbaurechtes für den Dalbergsweg 2/2a (Stadtgarten) Einr.: Oberbürgermeister | 0426/17 |
| 8.3.1. | Zuarbeit aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 08.11.2017 zum TOP 6.1 - Drucksache 0426/17 - Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung zur Vergabe eines Erbbaurechtes für den Dalbergsweg 2/2a (Stadtgarten) | 2473/17 |

| | | |
|--------|---|----------------|
| 8.3.2. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0426/17 Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung zur Vergabe eines Erbbaurechtes für den Dalbergsweg 2/2a (Stadtgarten) | 2717/17 |
| 8.3.3. | Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2717/17 - Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0426/17 Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung zur Vergabe eines Erbbaurechtes für den Dalbergsweg 2/2a (Stadtgarten) | 2827/17 |
| 8.5. | Handlungsrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und -fahrräder in Erfurt Einr.: Oberbürgermeister | 0662/17 |
| 8.6. | 2. Änderung der Satzung über die Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungssatzung - vom 20. November 2001 Einr.: Oberbürgermeister | 0714/17 |
| 8.6.1. | Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung des HAS vom 19.12.2017 zur 2. Änderung der Satzung über die Sondernutzung... (DS 0714/17) - hier: Carsharing Parkplätze | 2746/17 |
| 8.7. | 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatzung - vom 14. Juni 2010 Einr.: Oberbürgermeister | 0715/17 |
| 8.7.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0715/17 -3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatzung-vom 14. Juni... | 2829/17 |
| 8.8. | BUGA 2021 - Integriertes Verkehrskonzept Einr.: Oberbürgermeister | 0880/17 |
| 8.8.1. | Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0880/17 - BUGA2021 - Integriertes Verkehrskonzept | 2821/17 |

| | | |
|-------------|---|----------------|
| 8.10. | Grundsätze für die Schulnetzplanung der Landeshauptstadt Erfurt ab dem Schuljahr 2019/20 Einr.: Oberbürgermeister | 1516/17 |
| 8.10.1. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1516/17 Grundsätze für die Schulnetzplanung der Landeshauptstadt Erfurt ab dem Schuljahr 2019/2020 | 2348/17 |
| 8.11. | Boden gut machen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 1716/17 |
| 8.11.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1716/17 Boden gut machen | 2282/17 |
| 8.11.1.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2282/17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1716/17 Boden gut machen | 2514/17 |
| 8.11.1.1.1. | Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2514/17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2282/17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1716/17 Boden gut machen | 2551/17 |
| 8.11.2. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1716/17 Boden gut machen | 2798/17 |
| 8.18. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV708 "Kreativ-Kontor" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister | 1979/17 |
| 8.18.1. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1979/17 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV708 "Kreativ-Kontor" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | 2813/17 |
| 8.20. | BUGA 2021 - Maßnahmenkonzept Petersberg Einr.: Oberbürgermeister | 2123/17 |
| 8.21. | Keine Seilbahn zur BUGA 2021 Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN | 2258/17 |

| | | |
|---------|--|----------------|
| 8.24. | Gründung einer Staatlichen Gemeinschaftsschule auf Initiative von Loricula Einr.: Fraktion CDU | 2377/17 |
| 8.24.1. | Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN zur Drucksache 2377/17 Gründung einer staatlichen Gemeinschaftsschule auf Initiative von Loricula | 2802/17 |
| 8.24.2. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2377/17 - Gründung einer Staatlichen Gemeinschaftsschule auf Initiative von Loricula | 2812/17 |
| 8.24.3. | Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN zur Drucksache 2377/17 Gründung einer staatlichen Gemeinschaftsschule auf Initiative von Loricula | 2824/17 |
| 8.29. | Historisches Denkmal der Erfurter Industrie- und Verkehrsgeschichte - Königliches Bahnbetriebswerk Einr.: Fraktion SPD | 2516/17 |
| 8.29.1. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2516/17 - Historisches Denkmal der Erfurter Industrie- und Verkehrsgeschichte - Königliches Bahnbetriebswerk | 2811/17 |
| 8.29.2. | Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 2516/17 - Historisches Denkmal der Erfurter Industrie- und Verkehrsgeschichte - Königliches Bahnbetriebswerk | 2816/17 |
| 8.31. | Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8 als Chance für ICE-City und weitere Verkehrsverknüpfungen nutzen Einr.: Fraktion CDU | 2649/17 |
| 9. | Informationen | |

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete der Beigeordnete für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft, Herr Linnert, die weiterführende öffentliche Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab sie die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 28 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Abschließend teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass eine Pause nicht stattfinden wird.

3. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Änderungen zur Tagesordnung bereits gestern bekannt gegeben wurden.

Weitere Anträge gab es nicht.

8. Entscheidungsvorlagen

8.3. Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung zur Vergabe eines Erbbaurechtes für den Dalbergsweg 2/2a (Stadtgarten) Einr.: Oberbürgermeister 0426/17

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 08.11.2017 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 2473/17 vor.

Der Kulturausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 09.11.2017 mehrheitlich (Ja 3 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Der Stadtrat vertagte die Vorlage in seiner Sitzung am 15.11.2017.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2717/17 vor. Dieser ergänzte den Beschlusspunkt 01. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor. Dieser Antrag wurde nicht vorberaten, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Den Fraktionen lag eine Stellungnahme des kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirat der Landeshauptstadt Erfurt vor.

Weiterhin lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2827/17 vor. Dieser ergänzte den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2717/17). Die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern ebenfalls vor.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention des gemeinsamen Antrages seiner Fraktion mit den Fraktionen SPD und DIE LINKE..

Herr Hose, Fraktion CDU, begründete die inhaltlichen Schwerpunkte des Antrages seiner Fraktion und bat um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2827/17), der den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2717/17) ergänzt, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 9

Dieser Antrag wurde bestätigt.

Somit erfolgte anschließend nur die Abstimmung des Beschlusspunktes 03 des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 2717/17), der die Ursprungsdrucksache ergänzte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 17

Damit wurde dieser ebenfalls bestätigt.

Abschließend rief die Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. den zuvor bestätigten Ergänzungen auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt den Verfahrensweg zur öffentlichen Ausschreibung für die Erstellung des Erbbaurechtes an dem Grundstück Dalbergsweg 2/2a der Gemarkung Erfurt-Mitte, Flur 147, Flurstück 340 (TF ca. 5047 m²) und dem Flurstück 345/1 (16m²) mit einer Laufzeit von maximal 50 Jahren zu einem jährlichen Erbbauzins von 6%, demnach mindestens 69.600,00 EUR (monatlich 5.800,00 EUR) sowie die Übertragung der sich auf den Flurstücken befindlichen Gebäude zum Festpreis von 90.000,00 EUR in der Form, als dass eine Jury, bestehend aus 6 Mitarbeitern der Stadtverwaltung Erfurt, (3 aus dem Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung sowie 3 aus der Kulturdirektion) sowie einem studentischen Vertreter des Hochschul- und Studierendenbeirates nach einer dreimonatigen Ausschreibung des Objektes die eingegangenen Gebote entsprechende der in der Anlage 2 beigefügten Bewertungskriterien auswertet und dem Stadtrat anschließend in einer separaten Drucksache eine Empfehlung gibt, anhand derer nach Vorstellung der Angebote Bewerber in Kulturausschuss und Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben der Stadtrat über den Zuschlag entscheidet.

02

Der Stadtrat beschließt die Sicherung eines Vorkaufsrechtes am Erbbaurecht zu Gunsten der Stadt, die Sicherung einer Option zum Herauslösen der benötigten Fläche für die geplante Stadtbahnstrecke Puschkinstraße und die Sicherung der kulturellen Nutzung mit

einer Zweckbindung im Erbbaurechtsvertrag bzw. im Erbbaugrundbuch des Erbbauberechtigten.

03

Vor der Vergabe des Grundstücks an den zukünftigen Betreiber, soll dieser offiziell in der gemeinsamen Sitzung des Kultur und Finanzausschusses angehört werden. Die Studentenvertreter der Erfurter Hochschulen sind ebenfalls hinzuziehen.

(redakt. Hinweis: Der Lageplan ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)

8.3.1. Zuarbeit aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 08.11.2017 zum TOP 6.1 - Drucksache 0426/17 - Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung zur Vergabe eines Erbbaurechtes für den Dalbergsweg 2/2a (Stadtgarten) 2473/17

zur Kenntnis genommen

8.3.2. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0426/17 Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung zur Vergabe eines Erbbaurechtes für den Dalbergsweg 2/2a (Stadtgarten) 2717/17

bestätigt mit Änderungen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 17 Befangen 0

8.3.3. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2717/17 - Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0426/17 Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung zur Vergabe eines Erbbaurechtes für den Dalbergsweg 2/2a (Stadtgarten) 2827/17

bestätigt Ja 19 Nein 0 Enthaltung 9 Befangen 0

8.5. Handlungsrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und -fahräder in Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister 0662/17

Zu Beginn teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass dieser TOP gemeinsam mit dem TOP 8.6 und dem TOP 8.7 beraten und getrennt abgestimmt werde.

Zum **TOP 8.5 – Drucksache 0662/17** – Handlungsrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und -fahräder in Erfurt - gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 30.11.2017 bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 05.12.2017 ebenfalls (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Zum **TOP 8.6 – Drucksache 0714/17** - 2. Änderung der Satzung über die Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungssatzung - vom 20. November 2001 – gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 30.11.2017 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 05.12.2017 ebenfalls einstimmig (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung des Hauptausschusses lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 2746/17 vor, so die Stadtratsvorsitzende.

Zum **TOP 8.7 – Drucksache 0715/17** - 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatzung - vom 14. Juni 2010 – gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 30.11.2017 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 05.12.2017 ebenfalls einstimmig (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 13.12.2017 mehrheitlich (Ja 6 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2829/17 vor. Dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

An der gemeinsamen Beratung beteiligten sich:

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag seiner Fraktion (Drucksache 2829/17), warb für die Nutzung von Carsharing und bat um Zustimmung.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, begrüßte den Kurs für mehr Einsatz von Elektroautos in den kommenden Jahren. Zugleich begründete er die Enthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung der vorliegenden Drucksachen.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, hinterfragte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich der Verlängerung um ein Jahr im § 3 Gebührenfreiheit der Sondernutzungsgebührensatzung.
- Hierzu nahm der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes Stellung und erläuterte die gesetzlichen Bestimmungen.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, ging auf die Thematik Elektromobilität ein und wägte positive sowie negative Aspekte, wie beispielsweise die aus seiner Sicht unökologischen Batterien ab.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, sprach sich gegen die Drucksachen aus und begründete dies u. a. damit, dass die Gebührenerhebung für Sondernutzung ungerecht verteilt

sein, so werde Elektromobilität befreit aber die Aufstellung zusätzlicher Abfallbehälter müsse von den Händlern im Stadtgebiet bezahlt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, verkündete die Stadtratsvorsitzende den Abstimmungsvorschlag.

Anhand dessen erfolgte zu Beginn die Abstimmung der Drucksache 0662/17 unter **TOP 8.5**.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 22 |
| Nein-Stimmen: | 6 |
| Enthaltungen: | 5 |

Somit wurde diese Drucksache beschlossen.

Beschluss:

01

Die Handlungsrichtlinie (Anlage 1) wird als Arbeitsgrundlage für die Verwaltung bestätigt.

02

Das Strategiepapier Elektromobilität (Anlage 2) wird beschlossen.

03

Die Handlungsrichtlinie ist ortsüblich bekannt zu machen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a – b beigelegt.)

Im Anschluss rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache 0714/17 unter **TOP 8.6** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 26 |
| Nein-Stimmen: | 3 |
| Enthaltungen: | 4 |

Somit wurde diese Drucksache ebenfalls beschlossen.

Daraufhin folgte die Abstimmung unter **TOP 8.7**. Hier ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2829/17), der die Anlage der Ursprungsdrucksache änderte, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 20 |
| Nein-Stimmen: | 5 |
| Enthaltungen: | 8 |

Somit wurde dieser Antrag bestätigt und es erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache (0715/17) in Fassung der zuvor bestätigten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 3

Damit wurde diese Drucksache inkl. der Änderungen beschlossen.

- 8.6. 2. Änderung der Satzung über die Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungssatzung - vom 20. November 2001
Einr.: Oberbürgermeister 0714/17

siehe TOP 8.5

beschlossen Ja 26 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Erfurt (Sondernutzungssatzung, Beschluss des Stadtrates Nr. 215/2001) wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.)

- 8.6.1. Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung des HAS vom 19.12.2017 zur 2. Änderung der Satzung über die Sondernutzung... (DS 0714/17) - hier: Carsharing Parkplätze 2746/17

zur Kenntnis genommen

- 8.7. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatzung - vom 14. Juni 2010
Einr.: Oberbürgermeister 0715/17

siehe TOP 8.5

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Erfurt (Sondernutzungsgebührensatzung, Beschluss des Stadtrates Nr. 0257/10) wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.)

- 8.7.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0715/17 -3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatzung-vom 14. Juni...** **2829/17**

bestätigt Ja 20 Nein 5 Enthaltung 8 Befangen 0

- 8.8. **BUGA 2021 - Integriertes Verkehrskonzept** **0880/17**
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass dieser TOP gemeinsam mit dem TOP 8.21 beraten und getrennt abgestimmt werde.

Zum **TOP 8.8 – Drucksache 0880/17** - BUGA 2021 - Integriertes Verkehrskonzept – gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 15.11.2017 in die zuständigen Ausschüsse verwiesen hat.

Der BUGA-Ausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 28.11.2017 (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 30.11.2017 ebenfalls (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2821/17 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 03 und die Anlage 3 der Ursprungsdrucksache.

Zum **TOP 8.21 – Drucksache 2258/17** - Keine Seilbahn zur BUGA 2021 – teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 16.11.2017 in den zuständigen Ausschuss.

Der BUGA-Ausschuss gab jedoch in seiner Sitzung am 28.11.2017 kein Votum zur der Vorlage ab.

An der gemeinsamen Beratung der beiden Drucksachen beteiligten sich:

- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ging insbesondere auf das Leihfahrradsystem ein. Des Weiteren führte er zum zweiten Teil des Antrages hinsichtlich der Parkplätze in der Auenstraße/Karlstraße aus und bat um Zustimmung. Abschließend äußerte er seinen Unmut gegenüber den fehlenden aber notwendigen Fördermitteln vom Land für die Erfurter Verkehrsbetriebe AG (EVAG).
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, führte zu der Drucksache seiner Fraktion aus und betonte nochmals die Unwirtschaftlichkeit einer Seilbahn zur BUGA 2021. In seinen Ausführungen ging er auf das vorliegende Integrierte Verkehrskonzept der BUGA 2021 ein, begrüßte den Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und führte zur Einfahrt der BUGA über die Nordhäuser Straße aus. Zudem forderte er ebenfalls die ausstehenden Förderungen vom Land und Bund für den Ausbau der Elektromobilität und des ÖPNV.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, kritisierte, dass das Integrierte Verkehrskonzept erst jetzt vorliegt anstatt schon vor zwei Jahren. Weiterhin sei die rechtzeitige Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des Konzeptes nicht vorhersehbar. Die hauptsächliche Beförderung während der BUGA sollte über die EVAG abgesichert werden, wofür zusätzliche Kapazitäten und vor allem Fördermittel benötigt werden.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, sprach sich dafür aus, dass die Eintrittskarte für die BUGA gleichzeitig für die EVAG-Nutzung gelten solle. Zudem signalisierte er die Zustimmung zum vorliegenden Verkehrskonzept, wies zugleich darauf hin, dass noch einige Punkte geklärt werden müssen. In seinen Ausführungen regte er an, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu folgen, da die finanzielle Deckung der Vorschläge nicht gegeben sei.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, warb für den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und für die Vorschläge seiner Fraktion gemäß dem Antrag zur Drucksache 2821/17 und bat um Zustimmung.
- Herr Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläutere seine Sichtweise zur Thematik und ging insbesondere auf die bereits jetzt schon überfüllten Straßenbahnen und den Zufluss der Verkehrsströme für PKW beispielweise in der Weimarer und der Leipziger Straße ein. Hierbei regte er eine Betrachtung aller Verkehrsströme an. Zudem bat er um eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung des Verkehrskonzeptes im BUGA-Ausschuss.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, forderte insbesondere den Ausbau der Park-and-ride-Plätze in der gesamten Stadt. Da der Verkehr mit dem PKW zusätzlich zur Nutzung des ÖPNV nicht verhindert werde, sollte das PKW-Konzept über- und ausgearbeitet werden. Zudem sollte die Haltestelle am Europaplatz ausgebaut werden, regte Herr Pfister an.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den **TOP 8.8** zur Abstimmung auf. Zu Beginn erfolgte die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktion DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2821/17), der die Ursprungsdrucksache änderte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 19

Damit wurde dieser bestätigt.

Anschließend stellte die Stadtratsvorsitzende die Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Änderung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 24
Nein-Stimmen: 10
Enthaltungen: 1

Somit wurde diese beschlossen.

Beschluss:

01

Das integrierte Verkehrskonzept BUGA 2021 wird als Grundlage für die Abwicklung des zu erwartenden Besucherverkehrs während der BUGA bestätigt.

02

Im weiteren Prozess sind ÖPNV- Einsatzkonzepte zu erstellen und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die insbesondere eine durchgehende BUGA-Linie mit der Straßenbahn zwischen den Standorten ermöglichen. Die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH wird angewiesen, dies im Rahmen ihrer Stellung als Konzernmutter auch gegenüber angeschlossenen Konzerngesellschaften sicherzustellen.

03

Die im Maßnahmenkatalog (Anlage 3) abgeleiteten verkehrlichen Maßnahmen und weiteren Untersuchungsbedarfe werden unter Beachtung unterschiedlicher Verantwortlichkeiten umgesetzt.

04

Der BUGA 2021 gGmbH wird für die Durchführung der BUGA 2021 empfohlen, auf die Schaffung einer Seilbahnverbindung zu verzichten.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.)

Daraufhin folgte die Abstimmung der Drucksache 2258/17 unter **TOP 8.21**.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Diese Drucksache wurde ebenfalls beschlossen.

- 8.8.1. **Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0880/17 - BUGA2021 - Integriertes Verkehrskonzept** 2821/17

bestätigt Ja 16 Nein 0 Enthaltung 19 Befangen 0

- 8.10. **Grundsätze für die Schulnetzplanung der Landeshauptstadt Erfurt ab dem Schuljahr 2019/20** 1516/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Drucksache in seiner Sitzung am 06.12.2017 mit Änderungen bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2348/17 vor. Dieser ergänzte die Anlage (Vorgehensweisen) der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde per Einzelabstimmung im Ausschuss für Bildung und Sport wie folgt votiert:

1.

"Die Anlage (Vorgehensweisen) zur DS 1516/17 wird im Unterpunkt zu den Grundsätzen, wie folgt ergänzt:

Punkt 04

[...] Im Sinne des § 14 ThürSchulG gibt es jedoch für Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Gesamtschulen **derzeit** keine durch den kommunalen Schulträger festzulegenden Schulbezirke."

zugestimmt Ja 2 Nein 1 Enthaltung 5 Befangen 0

2. *(ursprüngliche Fassung der Verwaltung einschließlich Ergänzung letzter Satz)*

"Punkt 07

Bei der Bestimmung der Nennkapazität, der maximalen Klassengrößen sowie bei der grundlegenden Planung benötigter Schulneu- oder Schulerweiterungsbauten, sind die Anforderungen für eine inklusive Beschulung, im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sowie der diesbezüglich geltenden Rechtsvorschriften des Bundes und des Freistaates Thüringen, zu berücksichtigen. **Dies kann auch die Errichtung von Schulen mit besonderer technischer Ausstattung einschließen."**

bestätigt Ja 5 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

3.

"Punkt 08

Es sind drei Arbeitsgemeinschaften, mit Aufgabenschwerpunkten gemäß Anlage 2, zu gründen:

- "AG Raumprogramm"
- "AG Kapazitäten"
- ~~- "AG Bewertungskriterien Schulkonzepte"~~

Die beiden Arbeitsgemeinschaften Raumprogramm und Kapazitäten bauen inhaltlich aufeinander auf und sollten daher zeitlich nacheinander tagen. Um die Durchlässigkeit zwischen den Arbeitsgemeinschaften zu erhöhen, muss sichergestellt werden, dass die Arbeitskreise Personenidentisch sind."

abgelehnt Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

4.

"Punkt 09:

Für die Errichtung von Gemeinschaftsschulen im Sinne des § 6a ThürSchulG **oder die Neuerrichtung von Schulen** wird sich auf eine einheitliche und speziell für Erfurt erarbeitete Verfahrensweise gemäß der Anlagen 3a und 3b verständigt."

abgelehnt Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

5.

"Anlage 1 zur DS 1516/17 wird wie folgt, ergänzt:

zu 1. Arbeitsgemeinschaft Raumprogramm Ergänzung unter „Vertreter“:

- Thüringer Schulamt
- Kreiselterntervertreter (KES)"

abgelehnt Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

6.

"zu 3. Arbeitsgemeinschaft Bewertungskriterien:

Aufgrund unzureichender rechtlicher Grundlage wird die komplette Streichung empfohlen."

keine Abstimmung - mit vorheriger Abstimmung erledigt

7.

"Anlage 3a zur DS 1516/17 Aufbauschema

Der Punkt Arbeitsgruppe zur Erstellung päd. Konzept wird wie folgt ergänzt:

- frühzeitige Information der Fraktionen"

bestätigt Ja 7 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

8.

"Anlage 3b zur DS 1516/17: Streichung und Ergänzung Überschrift

~~Ablaufschema Errichtung Gemeinschaftsschulen:~~ **Neuerrichtung von Schulen Initiative durch den Schulträger"**

keine Abstimmung - mit vorheriger Abstimmung erledigt

9.

Abstimmung der Drucksache 1516/17 einschließlich des geänderten Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 2348/17):

bestätigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0.

Nach dem Vortrag der Vorberatungsergebnisse durch die Stadtratsvorsitzende, gab es keine Wortmeldungen.

Da der Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2348/17) bei der Abstimmung in Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport integriert wurde, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Ursprungsdrucksache (Drucksache 1516/17) in der Fassung der im Ausschusses für Bildung und Sport bestätigten Änderungen auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Vorgehensweise zur künftigen Schulnetzplanung wird gemäß der Anlage als allgemeingültige Richtungsvorgabe für die Stadt Erfurt beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 a - c beigelegt.)

| | | |
|---------|--|---------|
| 8.10.1. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1516/17 Grundsätze für die Schulnetzplanung der Landeshauptstadt Erfurt ab dem Schuljahr 2019/2020 | 2348/17 |
|---------|--|---------|

bestätigt mit Änderungen

| | | |
|-------|---|---------|
| 8.11. | Boden gut machen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 1716/17 |
|-------|---|---------|

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2282/17 vor. Dieser wurde vom Einreicher zurückgezogen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 07.11.2017 in Fassung des Antrages 2282/17 mit weiteren Änderungen (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein weiterer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2514/17 vor. Dieser wurde ebenfalls vom Einreicher zurückgezogen.

Der Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 2551/17) zur Drucksache 2514/17 ist somit ebenfalls zurückgezogen.

Der Stadtrat vertagt die Drucksache in seiner Sitzung am 15.11.2017.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt gab in seiner Sitzung am 05.12.2017 kein Votum zur Drucksache ab.

Es lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit Drucksache 2798/17 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem kündigte die Fraktion CDU einen Antrag auf Einzelabstimmung der Drucksache 2798/17 an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zu Beginn erläuterte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des gemeinsamen Antrages seiner Fraktion mit der Fraktion DIE LINKE. in der Drucksache 2798/17 und stellte den Bezug zur Ursprungsdrucksache 1716/17 dar.

Sodann verkündete Herr Gloria, Fraktion SPD, in seinem Redebeitrag seinen Unmut gegenüber der Drucksache 2798/17 und begründete deutlich seine Sichtweise gegenüber der ökologischen Landwirtschaft und belegte dessen Schädigung an einzelnen Beispielen.

Zugleich reichte er einen eigenen Antrag mit folgendem Wortlaut als Tischvorlage ein:

"Der Stadtrat möge beschließen, die Verpachtung und sonstige Nutzungsüberlassungen stadteigener Flächen an Betriebe der sogenannten ökologischen Landwirtschaft wird ausgeschlossen."

Diesen Antrag begründete Herr Gloria weitreichend hinsichtlich der Klimaveränderung etc.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., führte zur Thematik aus und begrüßte die gemeinsame Drucksache mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, ging auf neue Möglichkeiten in der Landwirtschaft insbesondere biologischer Herkunft ein und sprach sich für Gespräche mit dem Bauernverband aus. Den ersten Beschlusspunkt des Antrages der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2798/17) begrüßte er.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, regte an, etwas gegen das Artensterben zu unternehmen. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, dass lediglich 10 Prozent der Erfurter landwirtschaftlichen Nutzfläche an Landbauern verpachtet seien, die ökologische Landwirtschaft betreiben, und 90 Prozent noch von konventionellen Landwirten bewirtschaftet werden. Weiterhin signalisierte er die Unterstützung des Beschlusspunktes 01 der Drucksache 2798/17 und beantragte zugleich die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte des Antrages 2798/17.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, warb nochmals um die Zustimmung zu allen fünf Beschlusspunkten des Antrages 2798/17.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, begrüßte den Redebeitrag von Herrn Gloria und bemerkte zugleich, dass die Gesellschaft ohne Chemie nicht funktioniert.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zu Beginn den Antrag von Herrn Gloria zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 3 |
| Nein-Stimmen: | 31 |
| Enthaltungen: | 1 |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Darauf folgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion CDU auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte des Antrages 2798/17.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 29 |
| Nein-Stimmen: | 4 |
| Enthaltungen: | 2 |

Da dieser Antrag bestätigt wurde, erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2798/17), der die Ursprungsdrucksache ersetzte, einzeln nach Beschlusspunkten.

Zu Beginn wurde der Beschlusspunkt 01 abgestimmt:

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der derzeitigen Pächter, deren berufsständischen Vertretungen, dem Naturschutzbeirat sowie aus Vertretern des Umwelt- und Naturschutzamtes, des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung, des Garten- und Friedhofsamtes sowie je einem Vertreter pro Stadtratsfraktion zu bilden, und dem Stadtrat bis zum 2. Quartal 2018 einen Sachstandsbericht zur Arbeit dieser AG und im weiteren Verlauf einen Beschlussvorschlag für die Pachtvergabe vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 34 |
| Nein-Stimmen: | 1 |
| Enthaltungen: | 0 |

Damit wurde dieser Punkt beschlossen.

Darauf folgte die Abstimmung über Beschlusspunkt 02:

Die Stadt Erfurt richtet die Verpachtung ihrer ca. 1000 ha umfassenden landwirtschaftlichen Flächen an den Zielen des Netzwerks Biostädte sowie des Umsetzungsplans der Stadt Erfurt zur Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: 14

Enthaltungen: 3

Somit wurde auch dieser Punkt beschlossen.

Weiterhin stellte die Stadtratsvorsitzende den Beschlusspunkt 03 zur Abstimmung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, hierzu ein Punktesystem für die Pachtvergabe städtischer Flächen zu entwickeln und Zielgrößen zur Steigerung von Flächen für ökologischen Landbau zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 13

Enthaltungen: 4

Dieser Punkt wurde ebenfalls beschlossen.

Sodann erfolgte die Abstimmung über Beschlusspunkt 04:

Es wird angestrebt, die neuen Regelungen zur Pachtvergabe ab dem Pachtjahr 2019/2020 anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 15

Enthaltungen: 2

Damit wurde auch dieser Punkt beschlossen.

Abschließend ließ die Stadtratsvorsitzende über den Beschlusspunkt 05 abstimmen:

Des Weiteren wird die Stadtverwaltung aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um großflächige Landwirtschaftsflächen ökologisch zu strukturieren. Dabei soll auch eine wassersensible Landschaftsgestaltung angestrebt werden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 17 |
| Nein-Stimmen: | 14 |
| Enthaltungen: | 3 |

Somit wurde dieser Punkt ebenfalls beschlossen. Da dieser Antrag 2798/17 die Ursprungsdrucksache ersetzte, erübrigte sich eine weitere Abstimmung.

Im Anschluss an die Abstimmung wurden folgende Erklärungen zum Abstimmverhalten abgegeben:

- Herr Gloria, Fraktion SPD: "Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte eine Erklärungen zu meinem Abstimmverhalten abgeben. Der von mir eingebrachte Antrag und mein Abstimmung gegen den vorliegenden Antrag sollte der Fairness halber den Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Möglichkeit geben sich in die Gefühlslage der von ihnen ständig diffamierten Landwirte hineinzusetzen. Ich vermute, dass das gelungen ist. Vielen Dank."
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.: "Auch ich möchte mein Abstimmverhalten nochmals ganz kurz erklären. Ich glaube mit diesem Antrag – ich habe diesem deshalb zugestimmt – weil es darum geht auch die Landwirte, die Bauern, diejenigen die bei der LPG arbeiten aus den Fängen und aus dem Würgegriff von großen Kapitalkonzentrationen und Agglomerationskonzernen wie Monsanto und Bayer endlich zu befreien und sie unabhängig zu machen. Und wenn man sich den Zulassungsbescheid der Europäischen Union zum Glyphosat anguckt und daneben die Packungsbeilage von Glyphosat anguckt und feststellt, dass das eins zu eins ist, dann spricht das aus meiner Sicht Bände. Und ich freue mich, dass wir hier jetzt ein Umdenken angestoßen haben. Vielen Dank."
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Ich habe für den Antrag gestimmt, weil er auf Kooperation setzt - nicht auf Gegeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft - sondern auf Zusammenarbeit. Das ist das Sinnvollste was man tun kann und ich bedauere es sehr, dass manche Leute weiterhin einfach auf Konfrontationskurs gehen."
- Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Ich würde nahe legen, wieder dieses Friedenslicht von gestern hier aufzustellen. Das hat uns allen gut getan."

Weitere Erklärungen wurden nicht abgegeben.

Beschluss:

01

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der derzeitigen Pächter, deren berufsständischen Vertretungen, dem Naturschutzbeirat sowie aus Vertretern des Umwelt- und Naturschutzamtes, des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung, des Garten- und Friedhofsamtes sowie je einem Vertreter pro Stadtratsfraktion zu bilden,

und dem Stadtrat bis zum 2. Quartal 2018 einen Sachstandsbericht zur Arbeit dieser AG und im weiteren Verlauf einen Beschlussvorschlag für die Pachtvergabe vorzulegen.

02

Die Stadt Erfurt richtet die Verpachtung ihrer ca. 1000 ha umfassenden landwirtschaftlichen Flächen an den Zielen des Netzwerks Biostädte sowie des Umsetzungsplans der Stadt Erfurt zur Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ aus.

03

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, hierzu ein Punktesystem für die Pachtvergabe städtischer Flächen zu entwickeln und Zielgrößen zur Steigerung von Flächen für ökologischen Landbau zu benennen.

04

Es wird angestrebt, die neuen Regelungen zur Pachtvergabe ab dem Pachtjahr 2019/2020 anzuwenden.

05

Des Weiteren wird die Stadtverwaltung aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um großflächige Landwirtschaftsflächen ökologisch zu strukturieren. Dabei soll auch eine wassersensible Landschaftsgestaltung angestrebt werden.

8.11.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1716/17 Boden gut machen 2282/17

zurückgezogen

8.11.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2282/17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1716/17 Boden gut machen 2514/17

zurückgezogen

8.11.1.1.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2514/17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2282/17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1716/17 Boden gut machen 2551/17

zurückgezogen

8.11.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1716/17 Boden gut machen 2798/17

bestätigt mit Änderungen

8.18. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV708 "Kreativ-Kontor" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit **1979/17**
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 05.12.2017 mehrheitlich bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2813/17 vor. Dieser änderte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zunächst erläuterte Herr Kallenbach, Fraktion CDU, die Intention des Antrages seiner Fraktion. Seine Fraktion verzichte ausnahmsweise auf eine Wirkungsanalyse und unterstütze den vorliegenden Bebauungsplan.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, begrüßte ebenfalls den Bebauungsplan und wünschte sich mehrere solcher kreativen Flächen für Erfurt. In seinen Ausführungen ging er auf den Antrag der Fraktion CDU - dem er nicht zustimmen werde - ein und führte zur Stellungnahme der Verwaltung aus. Hinsichtlich des Gutachtens, welches benötigt werde, bat er um die kostengünstigste und schnellste Variante.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, stimmte den Aussagen seinen Vorredners zu und gab seine Zustimmung zur Ursprungsdrucksache sowie seine Ablehnung zum Antrag der Fraktion CDU bekannt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2813/17), der die Ursprungsdrucksache änderte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 9 |
| Nein-Stimmen: | 22 |
| Enthaltungen: | 1 |

Damit wurde der Antrag abgelehnt und es erfolgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 30 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 27.09.2017 für das Vorhaben "Kreativ-Kontor" wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll eingeleitet werden.

02

Für den Bereich westlich der Hugo-John-Straße soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan ILV708 "Kreativ-Kontor" aufgestellt werden.

Der Geltungsbereich wird begrenzt:

- im Norden: durch das Flurstück 34/12, Flur 4, Gemarkung Ilversgehofen;
- im Osten: durch das Flurstück 34/13, Flur 4, Gemarkung Ilversgehofen;
- im Süden: durch das Flurstück 35/8, 35/9 und 45/9, Flur 4, Gemarkung Ilversgehofen;
- im Westen: durch das Flurstück 36/3 und 45/9, Flur 4, Gemarkung Ilversgehofen;

Der räumliche Geltungsbereich umfasst damit eine Fläche von ca. 10.527 qm.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Festsetzung eines Sondergebietes für die Kreativwirtschaft.
- Zulässig sind Flächen und Anlagen für:
 - ein Quartiers-Management
 - Druckereien und Verlage
 - Architekturbüros
 - Künstlerwerkstätten und Galerien
 - Mode- und Maler-Ateliers
 - Räume für Medien- und Formgestalter, Fotografen, Filmproduktionen und Designer
 - Co- Working-Areale
 - ein Gaststättenbetrieb (Café)
 - ein Groß- und Einzelhandelsunternehmen mit einer Gesamtverkaufsfläche von maximal 1.300 m² mit dem Sortimentsschwerpunkt im professionellen Künstlerbedarf

Flächen für die erforderlichen Fahrzeug-Stellplätze.

03

Der Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ILV708 "Kreativ-Kontor" in seiner Fassung vom 02.11.2017 (Anlage 2) und die Vorhabenbeschreibung (Anlage 3) werden als Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und dessen Begründung gebilligt.

04

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ILV708 "Kreativ-Kontor" und dessen Begründung durchgeführt.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

05

Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

Vor der Beratung übernahm Frau Stange, stellvertretende Stadtratsvorsitzende, die Sitzungsleitung.

An der Diskussion zum Maßnahmenkonzept Petersberg beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Frau Walsmann, Fraktion CDU, zeigte sich unzufrieden mit dem vorliegenden Konzept. Zum einen hätte die Vorlage schon vor Monaten vorliegen sollen und zum anderen habe sie sich mehr gewünscht von den Maßnahmen auf dem Petersberg. Dagegen stellte sie ihren 10-Punkte-Plan vor und führte zu Maßnahmen bzw. Vorschlägen für die Steigerung der Attraktivität auf dem Petersberg aus. Da das vorliegende Konzept noch kein Gesamtentwurf sei, werde sich ihre Fraktion enthalten.
- Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, führte zum Maßnahmenplan, der eine Grundlage darstellt, aus und betonte deutlich, dass die darin vorgestellten Maßnahmen nachhaltig und gegenfinanziert seien. Seiner Ansicht nach seien zu viele temporäre Projekte nicht sinnvoll auf dem Petersberg. Zudem begrüßte er das Konzept für die Defensionskaserne – auch wenn diese erst nach der BUGA fertig werde, stehe die dauerhafte Lösung und perspektivische Nutzung im Vordergrund.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, bemerkte, dass es höchste Zeit war für das Konzept und ging in seinen Ausführungen auf die einzelnen Maßnahmen ein. Die Nachhaltigkeit der Projekte und der barrierefreie Zugang zum Petersberg haben Priorität. Dass die wesentliche Baumaßnahme, die Sanierung der Defensionskaserne, erst nach der BUGA fertig gestellt werde, kritisierte er.
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, nahm Bezug auf den vorliegenden Maßnahmenkatalog und erläuterte seine Sichtweise. Seine Nachfrage zur Bedeutung der Defensionskaserne für den Oberbürgermeister beantwortete Herr Bausewein.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, nahm Bezug auf die Aussagen von Frau Walsmann und hinterfragte konkrete Inhalte und Vorschläge ihrer Ausführungen. Die im Konzept vorgestellten Flächen seien passend zum BUGA-Konzept.
- Abschließend bedankte sich Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei den zuständigen Mitarbeitern für die Zusammenstellung und begrüßte das vorliegende Maßnahmenkonzept für den Petersberg.

Im Zuge der Diskussion übernahm Frau Pelke, Stadtratsvorsitzende, wieder die Sitzungsleitung. Als keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief sie die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 13 Befangen 0

Beschluss:

Das als Anlage 1 beigefügte Maßnahmenkonzept für den Petersberg wird als weitere Planungsgrundlage bestätigt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.)

8.21. Keine Seilbahn zur BUGA 2021
Ein.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

2258/17

siehe TOP 8.8

beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt beschließt, dass weitere Aktivitäten zum temporären Erwerb bzw. zur Errichtung einer Seilbahn zur Nutzung zwischen den beiden Ausstellungsflächen Petersberg und ega-Park für den Zeitraum der Durchführung der Bundesgartenschau im Jahr 2021 eingestellt werden.

8.24. Gründung einer Staatlichen Gemeinschaftsschule auf
Initiative von Loricula
Einr.: Fraktion CDU

2377/17

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 06.12.2017 ab (Ja 2 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 2802/17 vor. Dieser wurde vom Einreicher zurückgezogen.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2812/17 vor. Dieser ergänzte und änderte die Ursprungsdrucksache.

Zudem lag ein Antrag Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 2824/17 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Hose, Fraktion CDU, begründete den vorliegenden Antrag seiner Fraktion und erläuterte die inhaltlichen Schwerpunkte.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, nahm Bezug auf die Thematik und die vorliegenden Anträge. Hierbei sicherte er den Beschlusspunkten 01 bis 03 des Antrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN seine Zustimmung zu und schlug folgende Änderung im Beschlusspunkt 04 vor:

Im Rahmen der Erstellung des Schulnetzkonzeptes wird die Aufnahme der neuen Gemeinschaftsschule geprüft und gegebenenfalls vorbereitet.

Dazu erklärte Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sein Einverständnis und übernahm die Änderung von Herrn Dr. Beese in den Antrag seiner Fraktion. Zudem erläuterte er das Verfahren und die Intention des Antrages seiner Fraktion (Drucksache 2824/17).

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach seinen Dank gegenüber der Initiative von Loricula aus und sicherte die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Antrag 2824/17 inkl. der Änderung des Beschlusspunktes 04 zu.

Frau Landherr, ehrenamtliche Beigeordnete, sprach sich mit dem Hinblick auf die ausführlichen Vorberatungen für die Drucksache 2824/17 aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 2824/17) inkl. den Änderungen im Beschlusspunkt 04, der die Ursprungsdrucksache ersetzte, zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 13 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des 1. Halbjahres 2018 Gespräche mit der Initiative "Loricula" zu führen, um die Gründung einer Staatlichen Gemeinschaftsschule zu prüfen. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Bildung und Sport vorzulegen.

02

Die Gespräche sollen zum Ziel haben, mögliche Alternativstandorte zum (von der Gründungsinitiative) vorgeschlagenen Standort (alte Schuhleistenfabrik Möbisburg) zu finden und diese Lösungsmöglichkeiten, mit konkreten Kostenschätzungen zu unterlegen.

03

Im Rahmen der Gespräche soll auch die Möglichkeit geprüft werden, die notwendige Sanierung eines künftigen Schulgebäudes durch einen privaten Investor durchführen zu lassen. Die Investitionskosten sollen dann durch einen langfristigen Mietvertrag zwischen Stadt und Investor abgesichert werden.

04

Im Rahmen der Erstellung des Schulnetzkonzeptes wird die Aufnahme der neuen Gemeinschaftsschule geprüft und gegebenenfalls vorbereitet.

| | | |
|---------|--|---------|
| 8.24.1. | Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN zur Drucksache 2377/17 Gründung einer staatlichen Gemeinschaftsschule auf Initiative von Loricula | 2802/17 |
|---------|--|---------|

zurückgezogen

| | | |
|---------|---|---------|
| 8.24.2. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2377/17 - Gründung einer Staatlichen Gemeinschaftsschule auf Initiative von Loricula | 2812/17 |
|---------|---|---------|

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

**8.24.3. Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN zur 2824/17
Drucksache 2377/17 Gründung einer staatlichen Ge-
meinschaftsschule auf Initiative von Loricula**

bestätigt mit Änderungen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 13 Befangen 0

**8.29. Historisches Denkmal der Erfurter Industrie- und Ver- 2516/17
kehrsgeschichte - Königliches Bahnbetriebswerk
Einr.: Fraktion SPD**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 30.11.2017 (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2811/17 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache im Beschlusspunkt 01. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 2816/17 vor. Dieser änderte und ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, führte inhaltlich zur Drucksache seiner Fraktion aus und bat um Zustimmung.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sicherte die volle Unterstützung seiner Fraktion zu und erläuterte zugleich den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, ging auf die Thematik des Denkmalschutzes ein und erläuterte seine Sichtweise zum Bahnbetriebswerk. Des Weiteren begründete er den Antrag seiner Fraktion (Drucksache 2811/17). Die Umsetzung und mögliche Investoren hinterfragte er kritisch.

An der weiteren Diskussion zum Erhalt des Gebäudes, der Umsetzung des Beschlusses, eventuellen Interessenten bzw. Investoren und dem Bezug zum Denkmalschutz beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD,
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Hose, Fraktion CDU,
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD und
- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD.

Im Anschluss stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2811/17), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 21
Enthaltungen: 3

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 2816/17), der die Ursprungsdrucksache änderte und ergänzte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 24
Nein-Stimmen: 8
Enthaltungen: 2

Dieser Antrag wurde bestätigt und somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. den zuvor bestätigten Änderungen auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 22 Nein 10 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Freistaat Thüringen Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, das ehemalige „Königliche Bahnbetriebswerk“ als Denkmal der Erfurter Industrie- und Verkehrsgeschichte in die Denkmalliste des Landes eintragen zu lassen.

02

Das Objekt der ehemaligen Betriebstankstelle-Tankstelle auf dem Bahngelände in der Rosengasse, ist in die Prüfung beim Land Thüringen mit einzubeziehen, da dieses Tankstellengebäude im klassischen Bauhausstil, das letzte seiner Art auf dem Boden der neuen Bundesländer darstellt.

03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse dem Hauptausschuss bis Ende des 1. Quartals vorzustellen.

8.29.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2516/17 - Historisches Denkmal der Erfurter Industrie- und Verkehrsgeschichte - Königliches Bahnbetriebswerk 2811/17

abgelehnt Ja 10 Nein 21 Enthaltung 3 Befangen 0

- 8.29.2. **Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur 2816/17**
 Drucksache 2516/17 - Historisches Denkmal der Erfurter
 Industrie- und Verkehrsgeschichte - Königliches Bahnbe-
 triebswerk

bestätigt Ja 24 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0

- 8.31. **Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8 als Chance für ICE- 2649/17**
 City und weitere Verkehrsverknüpfungen nutzen
 Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

Zu Beginn erläuterte Herr Kallenbach, Fraktion CDU, die Intention der Drucksache und begründete die inhaltlichen Schwerpunkte.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, führte zur Thematik aus und verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Die Ablehnung seiner Fraktion begründete er.

Frau Walsmann, Fraktion CDU, zeigte sich unzufrieden mit der Vorgehensweise der Verwaltung und verwies auf ein Konzept, welches die Universität Erfurt vor zwei Jahren erstellte.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

abgelehnt Ja 9 Nein 22 Enthaltung 3 Befangen 0

Nach der Abstimmung gab Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, folgende Erklärung zu seinem Abstimmverhalten ab:

"Ausnahmsweise will ich es auch mal machen, erklären warum ich nicht zugestimmt habe, sondern mich enthalten habe. Liebe Kollegen von der CDU es ist ja zum größten Teil nachvollziehbar was in dem Antrag drin steht, aber dass sie uns schon wieder - diesmal nicht in einem Halbsatz aber in Klammern - den Fernbushalt am Bahnhof unterjubeln wollten. Da konnte ich leider nicht zustimmen."

9. Informationen

Zunächst lud der Oberbürgermeister alle Stadratsmitglieder zur Erörterung von gemeinsamen und divergierenden Überlegungen zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten der Landeshauptstadt im Anschluss an die Sitzung des Stadtrates in den Festsaal des Rathauses ein und wünschte ein schönes Weihnachtsfest und erholsame Feiertage.

Abschließend bedankte sich die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2017 und wünschte allen Mitgliedern des Stadtrates frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Im Anschluss beendete die Stadtratsvorsitzende die Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. Stange
stellv. Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in